

Regierungsratsbeschluss

vom 23. September 2025

Nr. 2025/1572

KR.Nr. A 0162/2025 (DBK)

Auftrag Luc Nünlist (SP, Olten): Bewegungsförderung bei Jugendlichen sichern – Kürzungen bei J+S durch kantonale Beiträge auffangen Stellungnahme des Regierungsrates

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei allfälligen Kürzungen durch den Bund die Jugend+Sport (J+S) -Beiträge für die betroffenen Organisationen im Kanton Solothurn auf dem heutigen Niveau zu halten und für die Differenz aufzukommen. Ebenso soll sich der Kanton auf nationaler Ebene gegen die Sparmassnahmen im Bereich Jugend+Sport stark machen.

2. Begründung (Vorstosstext)

Jugend+Sport ist seit über 50 Jahren ein Erfolgsmodell der Schweizer Nachwuchsförderung. Jährlich nehmen über 680'000 Kinder und Jugendliche in mehr als 85 Sportarten an J+S-Kursen und -Lagern teil. Auch im Kanton Solothurn bildet J+S eine tragende Stütze für den Breitensport und das freiwillige Engagement.

Das Bundesamt für Sport (BASPO) hat angekündigt, die Subventionstarife im Bereich J+S ab dem Jahr 2026 um 20 Prozent zu kürzen. Grund dafür sind das prognostizierte Wachstum des Programms sowie Sparvorgaben des Bundes.

Von den Kürzungen betroffen sind J+S-Kurse und -Lager, wie sie im Kanton Solothurn von zahlreichen Sportvereinen, Jugendorganisationen, Pfadi- und Blauring-Gruppen durchgeführt werden. Diese Angebote sind wichtige Bausteine der Kinder- und Jugendförderung im Kanton – mit Auswirkungen weit über den Sport hinaus. Ein starkes Zeichen dafür, wie breit dieses Anliegen getragen wird, ist die Petition gegen die J+S-Kürzungen, die innert zwölf Tagen über 140'000 Unterschriften gesammelt hat.

Die von J+S unterstützten Aktivitäten fördern nicht nur Bewegung und Gesundheit, sondern auch soziale Teilhabe, Teamfähigkeit und Verantwortung. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und legen die Grundlage für ein lebenslanges, gesundheitsförderndes Sporttreiben. Zudem leisten die Programme einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zur Förderung eines gesunden Lebensstils – gerade in der sensiblen Entwicklungsphase von Kindern und Jugendlichen.

Ebenso zentral sind die J+S-Ausbildungen: Sie sichern die Qualität der Angebote und unterstützen Hunderte Freiwillige, die sich als Leitende auf dem Sportplatz, in der Halle oder im Sommerlager engagieren.

Mit den angekündigten Kürzungen geraten diese bewährten Strukturen unter Druck. Für die Planungssicherheit der betroffenen Organisationen ist es darum wichtig, dass der Kanton frühzeitig Verantwortung übernimmt und ein klares Signal für Bewegung, Gesundheit und freiwilliges Engagement aussendet.

3. **Stellungnahme des Regierungsrates**

Seit mehr als fünf Jahrzehnten leistet das Förderprogramm «Jugend+Sport» (J+S) einen zentralen Beitrag zur Bewegungsförderung, zur Gesundheit, zur Persönlichkeitsentwicklung wie auch zur Integration von Kindern und Jugendlichen. J+S nicht nur ein Sportförderungsinstrument, sondern auch ein bedeutendes und äusserst erfolgreiches gesellschaftliches Programm, getragen von unzähligen Freiwilligen, Vereinen und Jugendorganisationen. Der Regierungsrat anerkennt ausdrücklich diese enorme Leistung und das Engagement, das auch in unserem Kanton Tag für Tag sichtbar ist.

Die vom Bund angekündigten Kürzungen nimmt der Regierungsrat deshalb mit grosser Sorge zur Kenntnis. Er ist überzeugt, dass solche Sparmassnahmen die erfolgreichen Strukturen gefährden und direkt negative Auswirkungen für Kinder und Jugendliche, für Vereine und für die Freiwilligenarbeit hätten.

Gleichzeitig muss jedoch betont werden: J+S ist ein Programm des Bundes. Finanzierung, inhaltliche Ausgestaltung und Qualitätssicherung liegen in der Verantwortung des Bundesamts für Sport (BASPO). Wenn einzelne Kantone Bundesleistungen kompensieren, könnte dies den Grundsatz der nationalen Einheit des Programms unterlaufen und den Bund darin bestärken, weitere Einsparungen vorzunehmen. Eine solche Vorgehensweise hätte Präzedenzcharakter und könnte dazu führen, dass sich der Bund künftig sukzessive aus seiner Verantwortung zurückzieht. Dies gilt es zu verhindern. Die föderale Kompetenzordnung darf nicht aufgeweicht werden, indem ein gesamtschweizerisches Programm vom Kanton mitfinanziert wird.

Die Rolle des Kantons sieht der Regierungsrat daher in erster Linie im politischen Einsatz auf nationaler Ebene. Er wird sich über die bestehenden interkantonalen Gremien – etwa die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK), die Konferenz der kantonalen Sportdirektorinnen und -direktoren – sowie in direkter Zusammenarbeit mit den Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern unseres Kantons aktiv gegen diese Sparmassnahme einsetzen.

4. **Antrag des Regierungsrates**

Nichterheblicherklärung.



Yves Derendinger
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Bildungs- und Kulturkommission

Verteiler

Departement für Bildung und Kultur
Amt für Kultur und Sport
Aktuariat Bildungs- und Kulturkommission
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat